

# blickpunkt

Nr. 241  
Januar 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

# Stoppt den Krieg!

Heute ist der 19. Januar 1991. Seit Tagen tobt der Krieg. Bagdad brennt, in Tel Aviv schlagen Raketen ein. Niemand weiß, was morgen ist. Wird sich der Krieg ausdehnen? Werden auch deutsche Soldaten eingesetzt?

Die Sorgen der Menschen sind berechtigt. Hunderttausende gehen jetzt auf die Straße, protestieren gegen Krieg und Völkermord.

In Frankfurt, an der US-Air Base, in Mörfelden, Walldorf, im ganzen Kreis Groß-Gerau, überall Demonstrationen, Mahnwachen, Kundgebungen. Diese Proteste dürfen nicht aufhören, sie müssen stärker werden. Das Wichtigste jetzt: Stoppt den Krieg! - Verhandeln statt Schießen! - Rüstungsexporteur vor Gericht!



Heute verkünden die Regierungsspitzen der Industrieländer pathetisch, es ginge um den Kampf gegen einen aggressiven und mordlusternen Diktator und dabei sei jedes Zurückweichen fehl am Platze. Aber Sad-

dam Hussein regiert nicht erst seit dem Einmarsch in Kuwait diktatorisch, und gefoltert wurde im Irak bekanntermaßen auch vor dem 2. August, was damals das Verhältnis zum Irak keineswegs trübte.

Die "Weltgemeinschaft" dürfe, so ist aus dem Munde der westlichen Regierungsspitzen zu hören, die Verletzung des Völkerrechts durch den Irak nicht hinnehmen und müsse mit allen Mitteln die UN-Resolution durchsetzen und den Rückzug des Irak aus Kuwait erzwingen. Als die USA völkerrechtswidrig Grenada, Libyen und Panama überfielen, Mörderbanden gegen Nicaragua finanzierten usw. war davon nichts zu hören. Niemand störte sich daran, daß z.B. Israel jahrzehntelang noch jede UN-Resolution schlicht ignorierte.

Das wirkliche Ziel, das die USA verfolgen, ist die Gewinnung der absoluten Macht über die Ölvorkommen im Nahen Osten, da das Öl die nötige Vorbedingung für Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern und damit für die Vorherrschaft über die "Dritte Welt" ist.

Das ist die Wahrheit und sie muß immer wieder angesprochen werden.

## Was jetzt wichtig ist:

- Keine Bundeswehr an den Golf. Keine Grundgesetzänderung zur Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr.
- Eine Konferenz unter Beteiligung aller Staaten soll eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten entwickeln.
- Die fortgesetzten Rüstungsexporte müssen endlich unterbunden werden. Die Firmen, die sich am Kriegsgeschäft bereichern, müssen bestraft werden.
- Die US-Air Base darf nicht weiter Hauptumschlagplatz im Golfkrieg sein.
- Wir rufen dazu auf, Kriegsdienstverweigerern und Deserteurern der beteiligten Streitkräfte beizustehen.



## Leichen werden nicht gezählt

"Wir befassen uns nicht mit Leichen zählen, das wäre ja lächerlich ...", meint US-General Schwarzkopf.

Meist sind es bis jetzt dann auch vorwiegend faszinierende Technik-Bilder, die am Bildschirm flimmern. Die Zensur bevorzugt zurückgekehrte Piloten mit blitzenden Augen, die Hand zum Siegeszeichen hochgereckt.

Telegen, fernseh-stubenrein und keimfrei muß es eben sein. Deshalb ist die amerikanische Presse vor Ort vergatert worden, in ihrer freiheitlich-objektiven Berichterstattung zu garantieren: Keine Leichen, keine Verwundeten, keine Leichensäcke!

Das eigentliche Gesicht des Krieges ist anders.

Erich-Maria Remarque in seinem Buch "Im Westen nichts Neues":

*"Wir sehen Menschen leben, denen der Schädel fehlt; wir sehen Soldaten laufen, denen beide Füße weggefetzt sind; sie stolpern auf den splitternden Stümpfen bis zum nächsten Loch; ein Gefreiter kriecht zwei Kilometer weit auf den Händen und schleppt die zerschmetterten Knie hinter sich her; ein anderer geht zur Verbandstelle, und über seine festhaltenden Hände quellen die Därme; wir sehen Leute ohne Mund, ohne Unterkiefer, ohne Gesicht; wir finden jemand, der mit den Zähnen zwei Stunden die Schlagader seines Armes klemmt, um nicht zu verbluten, die Sonne geht auf, die Nacht kommt, die Granaten pfeifen, das Leben ist zu Ende ..."*

## 600 Sonderzüge für den Krieg

Die Deutsche Bundesbahn (DB) stößt sich an der Golfkrise gesund.

Wie US-Army und DB-Verwaltung bestätigten, hat die Bahn einen Mammutauftrag für die Mobilmachung der US-Truppen im Golfkonflikt übernommen.

Das Pentagon orderte bei der Deutschen Bundesbahn-Hauptverwaltung rund "600 Vollzüge". "Es ist schon makaber", kritisierte dies ein Bundesbahn-Experte, "in dieser Situation von Geld zu reden. Aber für die Bahn ist der Golfkonflikt ein warmer Regen."

Die Bonner Bundesregierung, so der Bundesbahner, spiele dabei nur "eine logistische Rolle". Die Bundesbahn-Verwaltung, gibt der Beamte zu, sei nicht gezwungen gewesen, den US-Auftrag anzunehmen.

## Soldaten fallen Profite steigen

Der Tag nach Kriegsbeginn an der Börse - der Ölpreis sinkt, alle Aktien klettern in die Höhe.

Alle machen Geschäfte, die US-Jubelfahnenhersteller und die Fabrikanten von Leichensäcken und Zinksärgen. Die Rüstungsindustrie kommt aus dem Jubeln nicht heraus. Täglich werden 2.000 Einsätze geflogen. Hunderttausende Tonnen Bomben und Raketen wurden bereits abgefeuert.

Eine einzige Cruise-Missiles-Rakete kostet 1,3 Millionen Dollar über hundert wurden in den ersten zwei Tagen verfeuert.

Noch eine Meldung aus der Samstags-Zeitung:

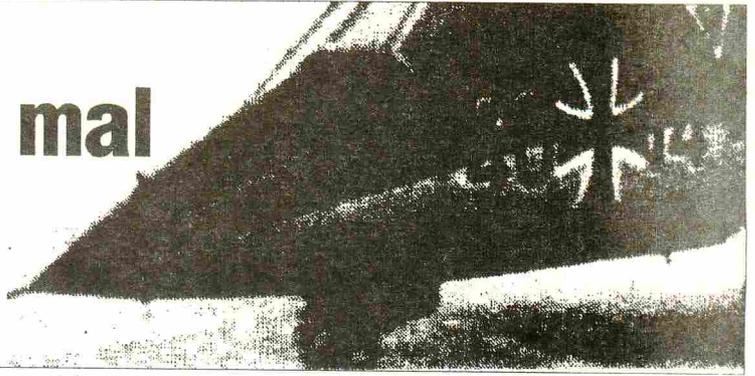
"Im Golfkrieg werden mehr Kinder als Soldaten sterben. 45 Prozent der irakischen Bevölkerung seien unter 15 Jahre alt."



Jeden Tag: Mahnwache für den Frieden in Mörfelden-Walldorf, jeden Tag Kundgebungen und Demonstrationen in allen Städten und Gemeinden unseres Landes. Hunderttausende sind auf den Beinen und fordern Frieden in Nahost.



# Deutschland ist mal wieder dabei



## **Bonn verschickt Einberufungsbefehle**

Luftwaffenangehörige der Bundeswehr sind mit ihren Waffen in die Türkei geschickt worden. Und wehrpflichtige Marinesoldaten kreuzen im Mittelmeer. Auch Reservisten will Bonn nun zu den Waffen holen.

Tausende Wehrpflichtige, die ihren Dienst bereits abgeleistet haben, erhielten in diesen Tagen Post von den Kreiswehrrersatzämtern. Überschrift: "Einberufungsbescheid Alarmreserve". Weiter lesen die erschreckten Empfänger: "Nach Verkündung des Verteidigungsfalles bzw. nach dessen Eintritt haben Sie sich ohne weitere Anforderungen abzuwarten, unverzüglich beim Truppenteil ... zum unbefristeten Wehrdienst ... zum Dienst Eintritt zu stellen. Das gilt auch, wenn die Bundesregierung durch öffentlichen Aufruf (Fernsehen, Hörfunk, Presse) für - die Alarmreserve geschlossen (ohne Rücksicht auf ein Kennwort) oder  
- einen Teil der Alarmreserve mit dem Kennwort Lila Pferd eine als Bereitschaftsdienst abzuleistende Wehrübung von unbestimmter Dauer gemäß § 6 Abs. 6 und § 49 WPfIG anordnet...

Falls Sie ihren Bestimmungsort nicht erreichen können, haben Sie sich bei der nächstgelegenen Dienststelle der Bundeswehr oder einem Truppenteil zu melden.

Ihren Dienst haben sie im Kampfanzug anzutreten und die gesamten Bekleidungs- und persönlichen Ausrüstungsstücke sowie die ABC-Schutzausrüstung mitzubringen, sofern sie damit ausgestattet sind."

In dem Schreiben wird zur Geheimhaltung verpflichtet: "Anderen Personen ist der Einberufungsbescheid nicht zugänglich zu machen." Daß es sich nicht um eine Routineangelegenheit handelt, wird an der Formulierung des Einberufungsbescheides deutlich, daß "auch" wenn die Bundesregierung "eine als Bereitschaftsdienst abzuleistende Wehrübung" anordnet, auf das Stichwort "Lila Pferd" hin einzurücken ist.

*Wir bedanken uns bei allen, die dem "blickpunkt" helfen.*

*Unser Konto:  
Kreissparkasse  
Groß-Gerau,  
Konto-Nr.9003419,  
BLZ 50852553*

-----

In unsern Tagen aber führen die Fürsten ganz ungefährdet Kriege, die Heerführer werden reicher, und der größte Teil der Übel wird auf die Bauern und auf das Volk abgewälzt, die am Kriege nicht das geringste Interesse haben und die selber gar keinen Anlaß zum Kriege geben. Ein sachliches Erwägen der Kriegsursachen wird erweisen, daß alle Kriege zum Vorteil der Fürsten vom Zaun gebrochen und stets zum Nachteil des Volks geführt wurden, da ja das Volk nicht im geringsten daran interessiert war.

*Erasmus von Rotterdam, in seiner Schrift "Die Klage des Friedens" (1517)*

-----

## **Ein trauriger Versuch, die Perestroika mit Blut zu retten**

*In Litauen gab es Tote. Bis heute ist zwar ungeklärt, welche Seite zuerst geschossen hat. Diese Schüsse in Litauen könnten aber schon das Ende der Perestroika bedeuten.*

*Die Entwicklung in der UdSSR verläuft heute unerhört kompliziert. Der Ausgang dieser Entwicklung hat für die gesamte Welt weitreichende Konsequenzen für Sicherheit und Stabilität. Deswegen muß man fordern, daß hier weiteres Blutvergießen verhindert wird, daß die Probleme mit politischen Mittel gelöst werden.*

# Aus dem STADT Parlament

## Der Griff in unsere Taschen

Mit dem Haushalt 1991, verabschiedet auf der letzten Sitzung im vergangenen Jahr, hat die Koalition von SPD und GBL den "großen Griff" in unsere Taschen beschlossen. Die Rede ist hier von der Erhöhung der Abwassergebühren.

Die Erhöhung ist gekoppelt mit der Umstellung des Berechnungsmodus. Bisher diente zur Ermittlung der Abwassermenge die Bezugsmenge an Wasser. Um die Bürger anzuhalten, Wasser zu sparen und damit die Umwelt zu schonen, wurde von Seiten der Gemeindeverbände empfohlen, die Bemessungsgrundlage zu verändern. Das hat seine Berechtigung, denn Wasser ist ein zu kostbares Gut, als daß man verschwenderisch damit umgeht. Enorme Kosten verursachen die Abwasserbehandlungs- und -beseitigungsanlagen, und daher ist es notwendig, daß Regenwasser künftig in geringeren Mengen in den Kanal gelangt. Galt in der Vergangenheit der Anschlußzwang, so hat sich neuerdings ein Umdenkungsprozeß vollzogen. Die Gemeindeverbände haben aber auch empfohlen, die Umstellung nicht mit einer Gebührenerhöhung zu belasten, denn dann könne der Bürger nicht mehr nachvollziehen, daß seine Bemühungen um Einsparung sich auch tatsächlich in seinem Geldbeutel bemerkbar machen.

In Zukunft wird also nicht mehr nur die bezogene Menge Wasser die Berechnungsgrundlage für die Abwasserberechnung sein, sondern auch die versiegelte und ans Kanalnetz angeschlossene Fläche auf einem Grundstück. Mit der Aufteilung in verschiedene Kategorien der Versiegelung (Spitzdach, Flachdach, Verbundstein oder Asphaltierung) hat die Koalitionsmehr-

heit noch eins draufgesetzt. Ebenfalls dies wurde von den Kommunalspitzenverbänden als Humbug bezeichnet. Und in der Tat ist dies so. Denn wer nimmt an, daß von einem Spitzdach mehr Wasser ins Kanalnetz fließt als von einem Flachdach. Hier steht der Verwaltung möglicherweise ein Ansturm von Widersprüchen gegen die Bescheide bevor.

Wir können nur empfehlen, die Veranlagung genau zu machen und die Berechnung zu überprüfen. Über die beschlossene Gebührenerhöhung hinaus sollte der Bürger nicht noch mehr geschröpft werden.

**Sie haben recht  
Wo die CDU  
regiert, da  
wird kräftig  
abkassiert.**

Walter Wallmann  
Privatgärtner und  
persönlich aus der  
bezahlen. Lothar  
seine Urlaubere  
Industrie finanz  
Wortbuch von C  
in Bonn müssen v  
len. Das steht b  
Telefongebühren  
räftiger, steigt  
kostenbeiträge un  
die Rentenkasse  
Gut, daß Sie in He  
zum Signal mach



... sagte die SPD vor der Hessen  
Wahl. Was macht die SPD vor Ort?

## So kann Geld gespart werden

Hausbesitzer sollten sich überlegen, ob sie nicht Regenwasser von Dächern oder anderen versiegelten Flächen ihres Grundstücks auffangen und zur Berieselung ihrer Gärten verwenden können. Einmal mindert dies die versiegelten Flächen (... die ans Kanalnetz angeschlossen sind) und andererseits wird nicht Trinkwasser zur Berieselung in den Sommermonaten bezogen. Darüber hinaus ist die Einrichtung von Wasserrückhalteeinrichtungen bezuschussungsfähig. Die Einspruchsfristen für die Steuer- und Abgabebescheide stehen in der Rechtsmittelbelehrung auf der Rückseite dieser Bescheide. Einsprüche sind angesagt, wenn die Berechnung der "versiegelten Flächen" nicht einheitlich und gleichmäßig vorgenommen wurden. Denn von einem Flachdach fließt genau so viel Wasser in den Kanal wie von einem Spitzdach.

## Die kleine 35 Liter Mülltonne ist für jedermann zu haben

Weil es der politische Wille der Parteien ist, die Menge des Restmülls (der Teil des Mülls, der nicht wiederverwendet werden kann) zu reduzieren, wurde die Fraktionierung beschlossen. D.h. Wertstoffe sollen getrennt gesammelt und in die vorgesehenen Behälter gegeben werden. Damit verkleinert sich die Müllmenge. Jeder Haushalt sollte nun prüfen, ob die Mülltonne tatsächlich so groß sein muß, wie sie heute ist. Die Stadtsatzung schlägt unabhängig von der Personenzahl eines Haushalts Müllgefäße von 35 l bis 1,1 m<sup>3</sup> vor.

Gottseidank werden immer mehr Menschen umweltbewußt. Bei der von vielen Bürgern auch in unserer Stadt praktizierten vorbildlichen getrennten Einsammlung des Mülls wird bei manchem die 50 Liter Tonne in einer Woche nicht mehr voll. Der eine oder andere wurde auch schon bei der Stadt abgewiesen, wenn er seine 50 Liter Tonne gegen eine kleinere 35 Liter Tonne umtauschen wollte.

Nach Rückfrage bei dem zuständigen Stadtrat, Dirk Treber, war zu erfahren, daß dies in Zukunft jedoch nicht mehr vorkommt und daß derjenige Bürger, der viel in seinem Garten kompostiert, getrennt Müll einsammelt und dadurch in der Lage ist mit einer kleinen Tonne auszukommen, diese auch bei der Stadt erhält.

## FUNDSACHE

**"Derzeit leben etwa 3,4 Millionen Deutsche ganz oder teilweise von der Sozialhilfe. So stetig, wie die Zahl der Minderbemittelten in der Bundesrepublik anschwillt, so zügig wächst am anderen Ende der Einkommensskala die Zahl der Wohlhabenden."**

Der Spiegel in Nr. 52 zum  
deutschen Sozialklima

## Gedanken im Januar 449 Mark

Von 100 Kindern, die in der Neujahrsnacht in Bangladesh, Äthiopien, Afghanistan, Bolivien oder einem anderen Land der "Dritten Welt" geboren worden sind, wird nur jedes zweite mit etwas Glück das Jahre 1991 überleben. Selbst wenn diese Staaten von Überschwemmungen, Dürrekatastrophen und Erdbeben verschont bleiben, werden Hunger und Epidemien Tag für Tag grausige Ernte halten. Nach Schätzungen der deutschen Hungerhilfe sterben auf der Welt jährlich 20 Millionen Menschen an Hunger und seinen Folgen, täglich knapp 55.000, darunter zum großen Teil Kinder.

Die Zahlen dürften sich eher erhöhen als verringern, da die Landwirtschaft an die Grenzen ihres Wachstums stößt, die vorhandenen Energieressourcen rapide abnehmen und sich die Ungleichgewichte im Handel immer mehr zuungunsten der "Habenichtse" verschieben. Die Folge ist, daß sich die Lücke zwischen arm und reich sowohl in als auch zwischen den Ländern vergrößern wird.

Bleibt anzumerken: täglich werden Milliarden für Rüstung, Krieg und Tod verschleudert und täglich steigen die Bankkonten der kapitalistischen Rüstungsprofiteure.

## Umweltverschmutzung statt Getrenntsameln

Jedesmal, wenn ich Grünabfall an die Sammelstelle an der Umgehungsstraße ("Im See") bringe, bin ich entsetzt. Was dort alles hinterlassen wird, stellt für mich stark in Frage, daß es in unserer Stadt mit dem Umweltbewußtsein weiter her ist, als anderswo.

Alte Fensterrahmen, abgebrochene Fernsehantennen, Matratzen und anderer Sperrmüll, sowie viel Grünabfall in Plastiksäcken sind dort die Regel. Vielleicht könnte der "grüne" Stadtrat fürs erste Mal an Ort und Stelle die städtischen Säcke für Grünabfall propagieren.

G. Schulmeyer

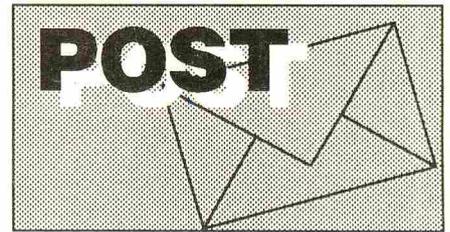
In unserer Stadt gibt es 322 Sozialhilfeempfänger. Diese Männer und Frauen müssen nach dem Bundes-Sozialhilfegesetz mit einem Regelsatz auskommen, der für den Haushaltsvorstand 449 DM beträgt.

Nach Einschätzung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat sich in den alten Bundesländern im vergangenen Jahr die Kluft zwischen reich und arm vertieft.

Allein im ehemaligen Bundesgebiet lebt jeder Zehnte an oder unter der Armutsschwelle, wurde mitgeteilt. In den 80er Jahren hätten "diejenigen, die gut verdient haben, eine ganze Menge zulegen können, während die Zahl der Sozialhilfeempfänger in geradezu drastischer Weise zugenommen hat." "Besonders elektrisiert" seien die Wohlfahrtsverbände durch die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen. Durch die fünf neuen Bundesländer wird sich die Wohnungsnot nach Ansicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes verschlimmern. Schon jetzt seien allein in der alten Bundesrepublik 120.000 Menschen "ohne jedes Dach über dem Kopf". Weitere 200.000 lebten in Notunterkünften, eine Million in "absolut" heruntergekommenen Wohnungen.

Als einer der Gründe wurde die Tatsache genannt, daß viele soziale Ausgleichsleistungen an das vorherige Einkommen gekoppelt seien. "Durch das Raster fallen dann viele Menschen durch, die nicht viele Jahre gut verdient haben oder draußen stehen wie Alleinerziehende, Kranke, Behinderte und alte Menschen."

Diese Tatsachen sollten auch bei uns die Kommunalpolitiker von SPD/GBL/CDU gelegentlich bedenken, wenn sie für Gebührenerhöhungen stimmen.



## Höhere Müllgebühren müßten nicht sein

"Wenn jetzt auch noch die Müllgebühren um 75 Prozent ansteigen, dann schlägt das wohl dem Faß den Boden aus.

Man kann zwar verstehen, daß der längere Weg zur neuen Kreisdeponie in Büttelborn teurer wird. Aber wir hatten doch einmal viel Platz für eine eigene Deponie. Dann wurde daraus die Kreisdeponie. Jahrzehntelang gab es dann für die Mörfelder schlimme Belastungen durch die Müll-Laster. Keiner weiß außerdem, wie lange die Zeitbombe im Müllberg noch tickt.

Es wäre deshalb angebracht, daß unsere Stadt einen Sondertarif in Büttelborn kriegt. Hier könnten die Politiker mal zeigen, daß sie sich für die Bürger im Ort einsetzen!"

F.S., Frankfurter Straße

## Was denn noch?

Dieser Tage habe ich mal aufgeschrieben, was jetzt alles teurer werden soll (einiges bereits beschlossen, vieles anderes noch in der Diskussion):

Wasser, Kanal, Müll, Strom, Telefon, Rundfunk/ Fernsehen, Arbeitslosenbeitrag, Öl, Benzin ...

Getroffen werden immer die "Kleinen".

H.W., Freiburger Straße

## Jede Mark hilft dem "blickpunkt"!

Unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau,  
Konto-Nr.9003419,  
BLZ 50852553

## Die Sorgen der Leichtathleten

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Leichtathleten des Großvereins "SKV Mörfelden" wurde es wieder einmal deutlich angesprochen, "in unserer Stadt fehlt eine zeitgemäße Laufbahn". In den traditionellen Laufdisziplinen wird heute auf Kunststoffaufbahnen gestartet. Auf der im Mörfelder Waldstadion befindlichen, inzwischen 38 Jahre alten Aschenbahn ist kein leichtathletischer Wettkampf mehr abzuhalten. Seit einigen Jahren trainieren die Kurz- und Mittelstreckler der SKV in Bischofsheim. Desweiteren haben noch die Städte Raunheim, Groß-Gerau und Kelsterbach im Kreis moderne Kunststoffbahnen.

Aus dem Mangel an geeigneter Übungsmöglichkeit für die Kurzstreckendisziplinen läßt sich wohl auch der Rückgang der Aktiven in diesem Bereich erklären. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat sich die Leichtathletikabteilung der SKV mit der TGS Walldorf zu einer Leichtathletikgemeinschaft (LG Mörfelden-Walldorf) zusammengeschlossen. Über den genannten Mangel in unserer Stadt sollten die Kommunalpolitiker nachdenken. Eine neue Kunststofflaufbahn muß bald in die Planungen der Stadt aufgenommen werden und eine Realisierung darf nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden.

Andere Sorgen hat die Abteilung mit ihrem zweiten Standbein, nämlich der beliebten internationalen Winterlaufserie. Hier organisiert die SKV über die Wintermonate hinweg, auf einer Strecke von 10 Kilometern im Mörfelder Unterwald eine Laufserie unter breitensportlichen Gesichtspunkten, mit zunehmender Beliebtheit. Waren es 1978 "schon" 130 Teilnehmer, so werden heute Sonntag morgens manchmal bis zu 450 Teilnehmer gezählt, wobei der Halbmarathon oder die Marathon-Staffel die beiden Höhepunkte sind. Aber auch auf diesem Sektor kommen Klagen auf. Man hat den Eindruck, daß die Sportler bei den Forstbehörden nicht gerne gesehen sind. Es ist richtig, daß diese Veranstaltungen von dem Forst und der Gemeinde zu genehmigen sind. Es ist auch richtig, daß die auch von weiter kommenden Teilnehmer einer sol-

chen Veranstaltung auf Gefahren aufmerksam gemacht werden, die es einmal im Wald gibt, durch Herabfallen von Ästen oder unebene Wege und daß jeder auf eigene Gefahr läuft und keinerlei Ansprüche an den Forst und an den austragenden Verein haben kann. Und trotzdem muß man dafür sorgen, daß die Wege auch bei länger andauerndem Regenwetter in Ordnung sind (dies kommt auch den Spaziergängern und Wanderern sowie Radfahrern zugute). Jeder hat dafür Verständnis, daß nach den Stürmen und den darauffolgenden Waldarbeiten so mancher Weg in Mitleidenschaft gezogen war. Ein Teil der Strecke liegt im Mörfelder Gemeindewald, so daß der Magistrat zum in Ordnung bringen der Wege aufgerufen ist. Wie wir hörten ist ein neues Gesetz im Hessischen Landtag in Vorbereitung, das alle Sportveranstaltungen im Waldbereich verbietet. Wir sind der Meinung, daß hierbei differenziert werden muß und unterscheiden schon zwischen Reitsportveranstaltungen und solchen von Motorsportgruppen auf der einen Seite und leichtathletischen Waldläufen auf der anderen Seite. Den Leichtathleten sei auf jeden Fall auf beiden Gebieten Erfolg zu gönnen.

Heinz Hechler

## Aus dem Kommunal-Programm der DKP 1989:

**Wer in den Sport investiert - investiert in die Gesundheit**

**Die Vereine verdienen die besondere Würdigung und Unterstützung durch die städtischen Gremien.**

**In unserer Stadt fehlt eine ordentliche zeitgemäße Kunststoffbahn.**

**Die Laufbahn im Mörfelder Waldstadion z.B. ist inzwischen 35 Jahre alt. Sportfeste mit Laufdisziplinen können deshalb nicht durchgeführt werden. Die Kurz- und Mittelstreckenläufer müssen außerhalb trainieren. Wir sind der Meinung, daß dies für eine Stadt mit 30.000 Einwohner ein untragbarer Zustand ist.**

## EINLADUNG

**zur öffentlichen Versammlung  
am Mittwoch, den 30. Januar 1991, 20 Uhr,  
im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum,**

Thema:

**"Die Deutsche Kommunistische Partei als Teil der Linken in Deutschland"**

Zum Stand der Diskussion der Kommunistinnen und Kommunisten über die Aufarbeitung ihrer Geschichte, Erneuerung und Organisation.

Es spricht und diskutiert mit uns

**Ellen Weber**

langjährige stellvertretende Parteivorsitzende und Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen der DKP.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen.

**DKP MÖRFELDEN-WALLDORF**

*Wir denken weiter!*

# Probleme in Walldorf-Ost

Wer in Walldorf östlich der Bahn wohnt, hat wirklich viele Probleme mit dem Einkaufen. Wer gar vom Stadtteil "An den Eichen" kommt, hat einenkilometerlangen Fußmarsch vor sich, wenn er in den Westteil Walldorfs will. Ältere Menschen ohne Auto sind besonders hart betroffen.

Früher gab es in diesem Teil Walldorfs mehrere Läden, heute gibt es nur noch einen Getränkegroßmarkt und eine Bäckerei, in denen Lebensmittel eingekauft werden können.

Es ist verständlich, wenn viele Leute diesen unhaltbaren Zustand beklagen. Die Stadt und alle Kommunalpolitiker sollten sich bald Gedanken machen, wie der Zustand verändert werden kann.

## Die Unterführung am Bahnhof Walldorf ist der größte Schandfleck der Stadt

Schon viel wurde über die Fußgängerunterführung geschrieben, aber alles blieb beim alten. Schon 1985 hatte die DKP in einem Flugblatt darauf hingewiesen, daß es in Walldorf-Ost keine Einkaufsmöglichkeiten für Nahrungsmittel gibt. Auch im "blickpunkt" wurde schon mehrmals der schlechte Zustand angeprangert.

Am schlimmsten sind die alten Menschen dran, viele ältere Bürger insbesondere Frauen haben kein Auto und müssen jedes Pfund Salz durch den Tunnel tragen. Wer glaubt, mit dem Fahrrad ginge es leichter, täuscht sich, denn es sind zwei Sperren da. Diese wurden erst später eingebaut. Man

wollte verhindern, daß jemand mit dem Fahrrad herunterfährt. Tatsache ist aber, daß die meisten Kindern und Jugendlichen von oben herab und ohne abzustiegen durch die zwei Sperren fahren können. Kommt eine ältere Frau oder ein Mann und hat sein Fahrrad voll bepackt mit Einkaufstaschen, der muß sein Fahrrad zwei Mal herumheben, um durch die Sperren zu kommen.

Was ist zu tun, um diese Mißstände schnell zu beseitigen?

Möglich wäre:

1. Die sofortige Beseitigung der zwei Sperren, denn sie sind in dieser Bauweise nur hinderlich und nutzlos.
2. Fahrverbot für Fahrräder und Mopeds von oben herab durch den Tunnel.

Die Stadtverwaltung sollte sofort prüfen, ob man in Walldorf-Ost (ca. 4.000 Einwohner) Einkaufsmöglichkeiten schaffen kann. Auch wäre es Zeit, den schlechten Zustand der Unterführung zu verbessern.

Peter Passet

## Solidarität mit den Kita-Beschäftigten ist notwendig

In einigen Kindertagesstätten haben inzwischen die Eltern ihre Unterstützung für die Forderungen der ErzieherInnen erklärt.

Im Interesse ihrer Kinder haben sie die Stadt aufgefordert, eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Vor allem in der Frage der besseren Bezahlung.

Einen dahingehenden Antrag der DKP-Fraktion hat die parlamentarische Mehrheit von SPD, GBL und CDU letztlich als Eingriff in die Tarifautonomie abgelehnt.

Nun sind verstärkte außerparlamentarische Anstrengungen nötig.

Die ÖTV-ErzieherInnengruppe der städtischen Kitas setzt sich weiter für bessere Arbeitsbedingungen ein und macht darauf auch in öffentlichen Aktionen aufmerksam.

Wir werden sie darin unterstützen, so gut wir können. G.S.

## "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden ..."

Vor Weihnachten ließ sich Hugo Jung - CDU-Fraktionsvorsitzender - in der "Frankfurter Neuen Presse" als Mann mit Grundsätzen feiern.

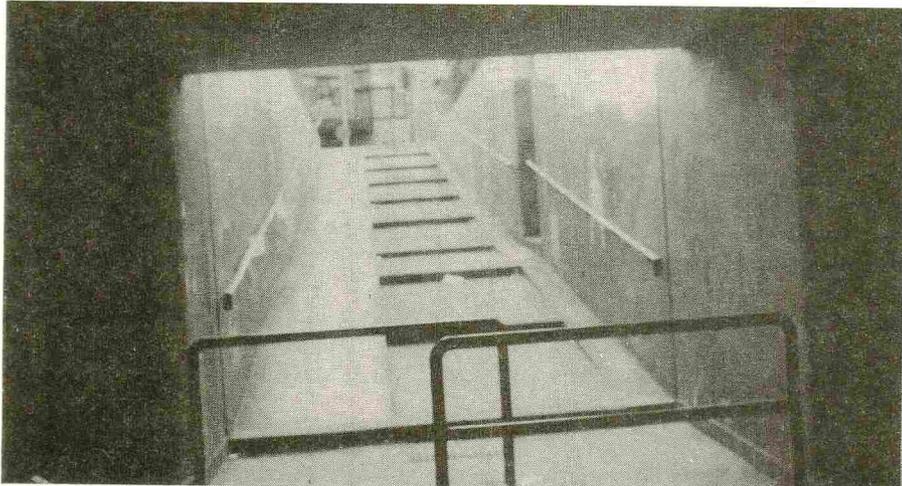
"Man muß nicht alles sagen, aber was einer sagt, muß wahr, nachprüfbar sein", nannte er einen davon.

Im Umgang mit politischen Gegnern nimmt er es mit der Wahrheit nicht so genau.

Wie zuletzt in einer Anfrage an den Magistrat, wo er völlig aus der Luft gegriffen fragt, wer die Übernachtung von Mitgliedern der DKP und PDS in einer städtischen Kindertagesstätte (die es nie gab) genehmigt hat.

Vielleicht sollte der "Christ"-Demokrat mal sein 8. Gebot nachlesen, ehe er das nächste Mal Dinge in die Welt setzt nach dem Motto: "Es bleibt immer etwas hängen." G.S.

Das Ärgernis am Bahnhof. Höchste Zeit, daß hier Änderungen erfolgen.



# Stadtgeschichte



Ein Blick in die Walldorfer Langstraße an einem sonnigen Wintertag vor vielen Jahren. Der wenige Schnee war von den Anwohnern fleißig von den unbefestigten Trottoirs und aus der gepflasterten Straßenrinne gekehrt. Das Bild zeigt die Häuser oberhalb (östlich) der Gaststätte "Zur Sonne". Die vier vorderen Häuser sind in der damaligen Größe nicht mehr vorhanden, sie wurden schon vor längerer Zeit umgebaut und vergrößert.

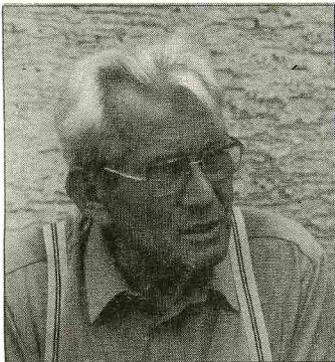
Es handelt sich in diesem Bereich der Langstraße um das sogenannte Oberdorf. Im Unterdorf befanden sich ursprünglich die alten Waldenser-Häuser. Ein alteingesessener Walldorfer meinte beim Betrachten dieses Bildes: "Früher waren die Bewohner im Unterdorf die Reicheren, denn sie hatten mehr Grund und Boden (die alten Waldenser erhielten 28 Morgen Land als sie kamen). Im Oberdorf wohnten die Ärmeren. Sie hatten weniger Ackerland und gingen oft als Tagelöhner oder als Arbeiter nach Frankfurt. Später, als die Landwirtschaft nicht mehr den Stellenwert besaß, waren die Bewohner des Oberdorfes reicher, denn sie verdienten mittlerweile als Industriearbeiter mehr Geld. Er meinte noch zum Schluß, inzwischen seien die vom Unterdorf wieder die Reicheren, denn sie hätten mehr Bauplätze durch ihren früheren landwirtschaftlichen Besitz erworben.

Ob das stimmt? Als Mörfelder halte ich mich da besser raus

Heinz Hechler



## Wir trauern um Karl Dammel



Unser Genosse Karl Dammel ("Schmidt-Karl") ist am 11. Januar, vier Tage vor seinem 82. Geburtstag, gestorben.

Mit Karl Dammel geht ein Stück vom alten Mörfelden.

Seine Berichte aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, aus dem Leben der einfachen Leute von gestern, vom Aufbegehren und Widerstand gegen den Faschismus, waren uns wertvoll.

Karl Dammel war der Schmied in der Langgasse 21, in der eigentlichen Hauptstraße des alten Dorfes.

Er war stolz auf seinen Beruf, auf seine Familie und er war ein Leben lang Kommunist, weil er sich gegen Ausbeutung

und Krieg engagierte. Für seine politische Überzeugung kam er fast zwei Jahre ins Zuchthaus, gebrochen hat man ihn nicht.

Unser Genosse Karl war noch im hohen Alter aktiv in der Friedensbewegung und im Kampf gegen die Startbahn-West. Sein Ausspruch von 1981: "Diese Startbahn dient noch dem Krieg!", wurde 10 Jahre später traurige Wahrheit.

Wir danken Karl Dammel für seine Treue zur Arbeiterbewegung.

Wir werden ihn nicht vergessen!

DKP MÖRFELDEN